

Manuskript des Vortrages „*Frauen haben die Wahl*“, den Frau Dr. Mechtild Jansen an der FernUniversität - Gesamthochschule in Hagen am 14.09.1998 im Rahmen der Frauenvorträge gehalten hat

**Die Verantwortung für den Inhalt trägt allein die Autorin.**

Redaktion: Die Frauenbeauftragte der FernUniversität - GH in Hagen  
Marita Dickenscheid, Dr. Ulrike Sattel, Dianne Köster

Herausgeber: Der Rektor

© FernUniversität - Gesamthochschule in Hagen 1999

Aus unserer Reihe „Frauenvorträge an der FernUniversität“ sind bisher folgende Titel erschienen:

- 1. Christa Mulack:** Die Heimatlosigkeit der Frau im Patriarchat - Behinderung und Herausforderung. Hagen: FernUniversität 1993
- 6. Bärbel Rompeltien:** Was kränkt, macht krank! Belastende Kommunikationssituationen am Arbeitsplatz. Hagen: FernUniversität 1995
- 7. Sabine Doyé / Friederike Kuster:** Grundpositionen feministischer Philosophie. Hagen: FernUniversität 1995
- 8. Mechtild Jansen:** Friedenspolitik von Frauen - Nur eine Illusion? Über den Zusammenhang von Krieg und Patriarchat. Hagen: FernUniversität 1995
- 9. Ursula Beer:** Geschlecht, Klasse und Alter. Überlegungen zu einer wenig beachteten Dimension des weiblichen Lebenszusammenhang. Hagen: FernUniversität 1996
- 10. Irmgard Vogt:** Konstruktionen von Frauen, Schönheit und Körpern. Hagen: FernUniversität 1996
- 11. Birgit Schulte:** „Ach so, Sie malen, wie Ihr Mann malt“ - Künstlerinnen und ihre berühmten Männer. Hagen: FernUniversität 1996
- 12. Claudia Weber:** Frauenförderung auf japanisch. Hagen: FernUniversität 1997
- 13. Elisabeth Klaus:** Multimedial und multifunktional – Mehr Männlichkeit ins schöne neue Heim? Hagen: FernUniversität 1997
- 14. Irmhild Kettschau:** Hausarbeit, Familie und Gesellschaft - Anforderungen und Leistungen. Hagen: FernUniversität 1998
- 15. Uta von Winterfeld:** Auf den Spuren der Angst. Über die Angst von Frauen in ihrer biographischen alltäglichen und sozialen Dimension. Hagen: FernUniversität 1998
- 16. Karin Scharfenorth:** Herausforderung Informationsgesellschaft. Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Beschäftigungssituation von Frauen. Hagen: FernUniversität 1998
- 17. Renate Schusky:** „Kräht ja doch kein Hahn danach...?“ Komponistinnen des 19. und 20. Jahrhunderts.  
  
Musik an den Höfen in Bayreuth und Berlin. Die Schwestern Friedrichs des Großen und ihre Musiker.  
  
Hagen: FernUniversität 1999
- 18. Hannelore Faulstich-Wieland:** Mädchen und Koedukation. Hagen: FernUniversität 1999

- 19. Marlene Stein-Hilbers:** Ihr die Sorge, ihm die Rechte? Sorge- und Umgangsrechte getrennter Eltern und Kinder. Hagen: FernUniversität 1999
- 20. Angelika Wetterer** Integration und Marginalisierung. Das Verhältnis von Profession und Geschlecht am Beispiel von Ärztinnen und Juristinnen. Hagen: FernUniversität 1999
- 21. Bettina Paetzold** Alles nur Stress...? Zur Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit. Hagen: FernUniversität 1999
- 22. Barbara Reichle** Aufgabenverteilungen zwischen Frauen und Männern - Modelle, Bewertungen, Veränderungen. Hagen: FernUniversität 1999
- 23. Doris Maurer** Fontane und die Frauen. Zum 100. Todestag von Theodor Fontane.  
Annette von Droste-Hülshoff - Ein Leben zwischen Auflehnung und Gehorsam. Hagen: FernUniversität 1999
- 24. Mechtild Jansen** Frauen haben die Wahl. Hagen: FernUniversität 1999
- Die Titel Nr. 2 bis 5 sind vergriffen.

***Mechtild Jansen***  
***"Frauen haben die Wahl"***

<b>0. Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1. Die Macht der Frauen</b>	<b>5</b>
<b>2. Was die Wahl entscheidet</b>	<b>7</b>
<b>3. Haben Frauen eine Wahl?</b>	<b>11</b>
<b>4. Was machen Frauen aus der Wahl?</b>	<b>17</b>
<b>5. Haben Männer eine Wahl?</b>	<b>18</b>
<b>6. Welche Wahl hätten Frau(en) gerne?</b>	<b>19</b>
<b>7. Die Wahl ist nur der Anfang</b>	<b>21</b>

## **O. Vorwort:**

Der Titel des Vortrags deutet es an, die Perspektive, unter der im folgenden die politische Lage im Wahljahr 1998 dargestellt und analysiert wird, ist die der mittlerweile nicht mehr jungen Frauenbewegung mit ihrem Verlangen nach Selbstbestimmung, Befreiung und Gleichberechtigung. Hier finden sich die Kriterien und Maßstäbe der Einschätzung.

Betrachten wir unsere Umgebung, so fallen einige Erscheinungen ins Auge: eine müde, nicht selten nörgelnde und nervende Frauenbewegung; von der Regierung geschundene, trotzdem eher brave Rentnerinnen; "das lösen wir doch alles selbst" - Junge Frauen; aus der Politik verabschiedete, mit allem möglichen beschäftigte, überarbeitete, nur noch der Karriere zugetane oder jammernde Frauen. Männer befinden sich demgegenüber eher in einer Verfassung der Regression. Das Modell Mann steckt tief in der Krise, doch sie reagieren mit Ignoranz und Flucht, sie trocknen aus im Verharrungszustand, driften nach rechts oder lassen alles fallen - oder sie seilen sich zu neuen Höhen hin ab.

Was wollen Frauen angesichts dessen auf dieser Veranstaltung? Frauen könnten sich - dabei selbstverständlich differenziert über sich sprechend - politisch reflektieren, vergewissern und erinnern: Politisch wirken tut ihr Verhalten so oder so. Vielleicht wäre es da ergiebiger, doch lieber gleich bewußt Politik zu machen. Denn Frauen bestimmen den Ausgang der Wahl, Frauen sind es, die auswählen, und: Männer brauchen Frauen.

## **1. Die Macht der Frauen**

### ***1.1. Frauen entscheiden die Wahl***

Frauen entscheiden objektiv rein quantitativ die Wahl, nicht erst seit heute. Sie bilden 52% der Bevölkerung und erlangen einen zusätzlichen Überschuß durch den wachsenden Anteil alter Menschen, unter denen bekanntlich Frauen ob ihrer längeren Lebensdauer dominieren. Frauen entscheiden auch subjektiv die Wahl, weil sie sich "extra" statt "inklusive" denken gelernt haben und manchen Grund in ihrer Lebenslage haben, dabei zu bleiben, um von hier aus das Allgemeine zu betrachten.

Unter den Wahlberechtigten sind 31,8 Mio Frauen und 28,8 Mio Männer, macht zusammen 60,5 Mio. Erstmals wählen 1,6 Mio Frauen und 1,7 Männer. Über 60 Jahre wählen 10,6 Mio Frauen und 7,1 Männer. Unter den Erstwählenden haben folglich Männer leichtes Übergewicht, bei den 21-60jährigen herrscht Parität oder es dominieren leicht Männer, über 60 Jahre dominieren sehr deutlich Frauen. Die Wahlbeteiligung ist (zuletzt) bei Männer höher als bei Frauen und bei Älteren höher als bei Jüngeren.

Frauen werden neben Männern bei der kommenden Bundestagswahl über schwergewichtige Dinge entscheiden. Sie entscheiden, ob Helmut Kohl, der zuletzt vor allem bei Älteren, Frauen und im Osten gewählt wurde, Kanzler bzw. wieviel von der CDU bleibt. Sie entscheiden, ob stattdessen - wie einst unter Willy Brandt über die Versprechen von mehr Bildung, Arbeitsplätzen und Frieden, wobei diese Angebote heute schon etwas weniger verheißungsvoll ausfallen - die SPD die führende Partei wird. Sie entscheiden, ob oder inwieweit es dazu ein Korrektiv gibt in Gestalt von Bündnis90/Die Grünen, die bisher stark von Frauen gewählt wurden; oder ob es andere Formen generellen Entzugs, Protestes, genereller Diffusität oder fundamentaler Überzeugung, sei in Form der Wahl von PDS, FDP, Feministischer Partei, Ultrarechten oder der Nichtwahl, gibt.

Es hat schon in der Vergangenheit ein anderes politisches Verhalten von Frauen gegenüber dem von Männern gegeben. Frauen hatten z.T. andere politische Äußerungsweisen, die oft nicht als solche wahrgenommen wurden, selbst wenn sie in der offiziellen Wahlkabine ebenso wie im übrigen Leben in der Anpassung an den Mann endeten. Sie versuchten etwa, ihre Männer zu anderem politischen Verhalten zu beeinflussen, sie engagierten sich in Initiativen und Bewegungen oder wählten stille Formen des Boykotts. Es hat jedoch auch ein unterschiedliches Wahlverhalten - einen gender-gap - zwischen Frauen und Männern gegeben. In den USA und in Großbritannien haben Frauen die Wahl zugunsten von Bill Clinton bzw. Tony Blair, d.h. zugunsten einer Reformpolitik entschieden. Auch in der BRD haben Frauen die Politik beeinflusst. Niedergeschlagen hat sich das etwa in der stark familial-sozialen Wertsetzung der Bundesrepublik und ihres sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus, in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit gerade für Frauen übrigens, oder heute - das wird dann schon ein globaler Faktor - durch die Bedeutung, die Gefühl und mediale Vermittlung von Politik erlangt haben. Meine These lautet: Die besonders starke historische Symbiose zwischen Frauen und Konservativen, die die Bundesrepublik geprägt hat, ist seit längerem aufgebrochen, und, in der Kohl-Ära noch einmal erneuert und ausgereizt, heute definitiv vorbei. Die spannende Frage ist also, was bei dieser Wahl passieren wird. Z.Zt. wird das Wahlverhalten leider nicht mehr nach Geschlecht erfaßt. Aber es ist davon auszugehen: Frauen wählen anders!

## ***1.2. Frauen sind stärker denn je, aber sie nutzen ihre Macht nicht (genug)***

Frauen haben mehr Rechte und Möglichkeiten denn je, mehr Selbstbewußtsein, Erfahrungen und Qualifikationen, sie haben mittlerweile eine beachtliche politische Schulung durchlaufen, doch zuletzt scheuen sie - wie in einer Art letztem Zucken und Schrecken - die volle Mündigkeit, Verantwortung und Macht, anstatt sie einzusetzen. Wie Mißbrauchte oft die Schuld für den Mißbrauch bei sich suchen und die Täter wider alle Erkenntnis wieder und wieder entlasten, so scheint mir bisweilen ihr Verhältnis zur Politik. Ich votiere dafür, sich von (den oft sehr männlich konnotierten) Krisen- und Katastrophenstimmungen nicht anstecken zu lassen, sondern einen klaren Kopf zu behalten und zuzupacken: Frauen *sind* - nicht qua Geschlecht, sondern ob ihrer sozialen Position in der Gesellschaft im Wandel, ob des Vorlaufs der Frauenbewegung - politisch(er), kritischer und herrschaftskritischer. Das wäre auch erkennbar zu machen und umzusetzen, so gut als möglich. Frauen entscheiden die Wahl, *wenn sie es wollen*. Dazu hätten sie Farbe zu bekennen und eine klare Entscheidung zu treffen. Das hieße m.E. erstens, überhaupt zu wählen, zweitens eindeutig und wirksam zu wählen, und drittens mindestens so strategisch wie inhaltlich zu wählen.

## **2. Was die Wahl entscheidet**

### ***2.1. Die politische Entwicklung für Frauen***

Die politische Entwicklung für Frauen ist seit geraumen schon von fragwürdiger Bewegung gekennzeichnet. Die Frauenpolitikerinnen laufen. Sie retten die Finanzierung von Frauenhäusern, organisieren Anti-Gewalt-Kampagnen, sorgen für Frauenförderung im öffentlichen Dienst und ABM-Maßnahmen, zeichnen frauenfreundliche Betrieb aus. Sie bitten die Wirtschaft um Arbeitsplätze, kritisieren die Rentendiskriminierung der Frauen und gründen Mädchen-Initiativen. Sie wollen unterschiedliche Lebensformen gleichstellen, kümmern sich um Arme und Obdachlose und wehren sich gegen Frauenhandel. Die Wirtschaft und ihre Soufleusen-Politiker aber waren immer schon da. Der Familienetat für 1998 ist um 2,2% gekürzt, ungesicherte Beschäftigung weiter befördert, die Renten sind sicher niedriger gemacht. Das Kindschaftsrecht zwingt zum Familienzusammenhalt. Das Strafrecht, wie günstig am Exempel sexualisierter Gewalt, ist verschärft. Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, soziale Absteiger werden unter Aufsicht und Verwahrung gestellt, Rechte ab- und Pflichtkataloge aufgebaut. Die sich statt nur ums Geld noch um andere und anderes kümmern, werden zu den Dummen gemacht. Sie landen, "aufgehängt" an den Kindern, in der "weiblichen Rollenfalle", eine Umschreibung für die Vorschrift zur unbezahlten Mehrarbeit. Mit den Produkten dieser

Politik, den Scheidungskindern, Alleinerziehenden, Singles, orientierungslosen Jugendlichen werden Horrorszenarien für die Zukunft gezeichnet, auf daß sie möglichst disziplinierend wirken mögen.

Sogenannte Frauenpolitik interessiert da niemanden mehr, noch weniger als Politik überhaupt. Sie ist abwesend in den zentralen wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Auseinandersetzungen, obwohl Frauen die heimlichen Hauptadressatinnen der Sparpolitik sind und hier im übrigen über die künftigen Spielregeln der Existenzsicherung der Bürger und Bürgerinnen entschieden wird. "Frauenpolitik" ist das Synonym für die im freien Wettbewerb der Stärksten Unterlegenen, die aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden. Sie ist darin Zeichen für eine heimliche Repolitisierung der Gesellschaft, die Ungleichheit relegitimiert. Daß die Frauenfrage fürs Ganze eine Schlüsselstellung hat und natürlich alles andere als erledigt ist, wird absichtsvoll übergangen.

Frauen sind heute im allgemeinen nicht mehr abhängig vom einzelnen Mann. Patriachal-herrschaftliche Strukturen sind subtiler und anonymer geworden. Bei aller Vielfalt in den Lebenslagen ist die Summenbilanz entscheidend: Frauen arbeiten mehr und mühsamer für weniger Geld, das macht sie abhängiger und ärmer. Frauen bilden eine neue Unter(unter)klasse. Das für sie dominierende Muster der Teilzeitarbeit ist eine Form ihrer permanenten Unterbeschäftigung und Unterbezahlung neben der Überschäftigung mit "unbezahlbarem" Tun. Frauen entscheiden sich überwiegend für ihre Unabhängigkeit und eine fürsorglichere Art zu arbeiten und leben. Sie liegen niemand mehr auf der Tasche. Sie überlassen dabei nebenbei den Mehrwert ihrer Arbeit anderen. Das ist die jetztzeitliche Variante von Ausbeutung und Selbstaubeutung. Von hier aus wird die allgemeine nach innen wie außen gerichtete soziale Spaltung und Zerstörung in der Gesellschaft angetrieben, die Leistungsnorm ebenso wie der Druck zur Anpassung nach unten auch für Männer verschärft, und die Gesellschaft rehierarchisiert. Bezeichnenderweise entstand die einzig wirkliche Aufregung der jüngeren Zeit um die Explosion der ungesicherten 610- bzw. 520 DM-Jobs, die aus dem Ruder zu geraten drohen. Mit ihnen ist das Prinzip des Lohndumpings und der ungleichen Bezahlung längst wieder eingeführt.

So erlebten wir bei allen Fortschritten zuletzt vor allem eine Modernisierung herkömmlicher Politik, einen Mißbrauch der Emanzipation der Frau, der Rehabilitation einer Sonderpolitik für Frauen und eine Opferung von Fraueninteressen in dem Moment, wo es ans Eingemachte geht. Das Resultat ist ein Frauenleben im zerreißen Spagat, für dessen Begleiterscheinungen die Frau angeblich auch noch selbst schuld ist.

Tatsächlich wird schlicht das tatsächlich für *ein Leben* nötige Maß an Arbeit, Familie, Freiheit, Demokratie vorenthalten.

Wer aber wollte dagegen heute noch anlaufen? Und was könnte eine rot-grüne Regierung daran ändern? Die Kassen sind leer. Die einschlägigen Länderregierungen fallen nicht mit neuen Impulsen auf. Die Frauenpolitikerinnen haben die weibliche Opferrolle ebenso wie die Zuständigkeit für "Randgruppen" und "Soziales" oft längst wieder internalisiert - und sich selbst als wandelnde Endlagerungsstätten von Frauenpolitik. Die Opposition hat Politik als gesellschaftliche Gestaltung fast gänzlich aufgegeben.

Im Verhältnis zur letzten und vorletzten Wahl lautet das Ergebnis: Sogenannte "Frauenpolitik" ist vom Top-Thema wieder zur Nebensache geworden. Als utopische Politik apostrophierte alternative (Reform-)Politik wurde eingestellt. "Realpolitik", die hinnimmt, was ist, wurde anschließend zur Unterrealpolitik, die schleichend wegnimmt von dem, was ist. Der Anspruch auf Gleichstellung wurde zur Akzeptanz neuer sozialer Ungleichheiten (und neuer Herrschaft) in der Gesellschaft herumgedreht. Zusammengenommen forciert diese Politik am Ende - unter dem Vorzeichen, "Frauen und Kinder zuerst", nur umgekehrt wie beim Titanic-Untergang - die Kluft zwischen Arm und Reich. Tatsache ist: Die Lebenslage sehr vieler Frauen, seien es Alleinerziehende, Teilzeitarbeitende, Rentnerinnen, normal-erwerbstätige Singles u.a.m., ist rein praktisch gesehen unzureichend. Es gibt daneben eine deutliche Geschlechterungleichheit beim Reichtum, in der Arbeit, Macht und Freiheit und in dem, was Frauen im Unterschied zu Männern dürfen und was sie nicht dürfen. Mit dieser Geschlechterungleichheit ferner wird unter der Hand der Anspruch auch "kleiner Leute" auf *Rechte* angegriffen, konservative Gesinnung und krankmachende Lebensweise lanciert. Die konservative Ära kennzeichnet - zwar unter besonderer Verantwortung der Regierungsparteien, aber ansonsten "querbeet" über die politischen Lager hinweg - einen "Betrug" an Frauen, jedenfalls mehr als an Männern: die "materiellen" Ergebnisse der etablierten Politik fallen für sie in Ost und West extra schwach aus; die gleiche Partizipation bes. in der Politik wird wieder zurückgedrängt, die beschlossenen Quoten etwa werden oft unterschritten; Frauen werden mit Surrogaten oder Scheinpolitik und ihren heimlichen Botschaften (z.B. über die Kanzler- und Bundespräsidenten-Gattinnen-Kochbücher, die Ehefrauen-Politik oder Diana-Regression u.a.m.) abgelenkt.

## ***2.2. Paradigmenwechsel mit der deutschen Einheit bzw. dem Ende des Kalten Krieges und die Globalisierung***

Der entscheidende Wendepunkt, ein Paradigmenwechsel, erfolgte mit der deutschen Einheit, dem Ende des Kalten Krieges und der beschleunigten Internationalisierung der Märkte. In diesem Moment schluckte "Nationales" Fraueninteressen, traditionelle machtpolitische Über- und Unterordnungen setzten wieder ein. Frauen(interessen) galten nicht (mehr) als Ausdruck des Ganzen, nur noch als (Unter-)Teil. Von hier aus wurde alles Gesellschaftliche in Teile zerlegt und hierarchisiert, um von der Wirtschaft, in erster Linie ihren stärksten Kräften - über Ökonomisierung von allem und jedem - oft roh und archaisch wieder zusammengesetzt zu werden. So entstand eine neue Themenagenda, Aufmerksamkeits- und Ressourcenverteilung: Globalisierung, Wirtschaftspolitik, Arbeitsplätze; Innere Sicherheit; Europa; Familien- und Gemeinschaft(-sideologie), Ausländer(Unter- oder Ausordnung). Die Geschlechterverhältnisse - d.h. der Ort des Ausgangs der Demokratie - wurden derweil zu einem vermeintlich weitgehend erledigten, tatsächlich fast tabuisierten Thema.

Das war die Ausgangsbasis, auf der die 1983 anvisierte konservative Wende schließlich und endlich doch noch vollbracht werden konnte: Eine politische Rückversicherung der Gesellschaft in die Vergangenheit in Zeiten der Verunsicherung, hin zu traditionell verstandenem "Recht und Ordnung". So wurde eine konservative (Gegen-)Bewegung gegen die Moderne prägend, die jetzt Tag um Tag mehr ans Tageslicht kommt und die ganze Gesellschaft erfaßt hat. Sie existiert nicht nur in deren Geist, sondern hat sich bereits in Machtverhältnissen realisiert. Sie ist nach der Auflösung bestehender Strukturen und Regeln an dem bislang hergestellten Fundament neuer Strukturen und Regeln zu messen: diese sind neoliberal durchbuchstabiert und für Frauen schreiben sie auf höchst subtile Weise eine Art allumfassender Mütterlichkeit unter dem Zeichen der Leistungsideologie (also mit eingebautem Widerspruch) fest. Das Problem der sogenannten Politikverdrossenheit spiegelt die Konzeptions- und Alternativlosigkeit der etablierten Politik hierzu, die mit "Ruck"-, "rote Socken"- u.ä. Blitzableiter-Kampagnen oder Spielen fürs Volk (PolitikerInnen, die wie der Bär vorm Publikum tanzen, dem Run nach Einschaltquoten mittels Politunterhaltung und -berieselung u.a.) überdeckt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die bevorstehenden Wahl zweifelsohne einen ganz besonderen Stellenwert. Der Kalte Krieg ist nun auch mental definitiv vorbei. Erstmals erleben wir in etwa eine wirklich gesamtdeutsche Wahl. Wir stehen im Zeichen der "Globalisierung" vor gänzlich neuen Herausforderungen jenseits der alten DDR oder

BRD. Die Widersprüche und Sackgassen konservativer Modernisierung liegen auf der Hand, sie schlagen um in neue Brüche innerhalb des konservativen Lagers und die christlich-liberale Koalition ist verbraucht. In Europa und den USA weht bereits ein anderer Wind. Grundsätzlich alternative Optionen aber sind verloren gegangen und müssen erst neu gewonnen werden, Politik als Gestaltung überhaupt müßte erst noch wiederkehren.

### ***2.3. Die Wahl entscheidet, in welche Richtung die "Berliner Republik" geht (sich wagt)***

Die Wahl entscheidet über die Richtung, in der die Bundesrepublik Deutschland sowohl geschlechter- als auch allgemeinpolitisch künftig regiert werden wird. Wenn die herkömmlichen, von der alten Bundesrepublik, erst recht aus der Perspektive der untergegangenen DDR geprägten, mehr noch die unter den Koordinaten des vergehenden Jahrhunderts inspirierten politischen Modelle und Programme nicht mehr tragen, oft sogar problemverschärfend wirken, wirklichen Alternativen aber (noch) die Grundlage fehlt, worin besteht da die Wahl? Die einzige Alternative zum "Weitermachen wie bisher" und zu einem fortgesetzten Hineinverstricken in Krisen und Blockaden, liegt in dieser Situation in der Option für eine (größere) Chance auf einen Neuanfang, für einen Anfang von einem Neuanfang, das Öffnen einer Tür, das politisch wieder das Einatmen frischer Luft und Bewegung erlaubt.

Die Kriterien, die für die Wahl aus einer emanzipatorischen Sicht von Bedeutung wären, liegen vorderhand in folgendem: 1. in konkreten Verbesserungen für Arbeit und Leben der Frauen und jener Bürger, die neben ihnen von den Entwicklungen der letzten 16 Jahre besonders gravierend benachteiligt sind; 2. in einem politischen Neuansatz, der mit einer anderen Generalperspektive auf alle Politik beginnt, nämlich einer geschlechterdemokratischen; 3. in der Instandsetzung und einem Neuanfang von umfassender demokratischer Politik im historisch-gesellschaftlichen Umbruch.

### **3. Haben Frauen eine Wahl ?**

Stehen mit der Bundestagswahl Themen und Programme zur Wahl, die mit der Lebenswirklichkeit und den Lebensbezügen von Frauen unmittelbar oder mittelbar zu tun haben? Ich untersuche im folgenden die Angebote von CDU, SPD und Grünen. Sie sind für die kommende Wahl die entscheidenden Parteien, deshalb konzentriere ich mich der Überschaubarkeit zuliebe darauf. Neben diesen Parteien stehen CSU (in Bayern), FDP, PDS, Rechtsradikale und die Feministische Partei zur Auswahl, deren

Politik an dieser Stelle nicht ausführlich berücksichtigt werden kann.

Die Angebote der drei genannten Parteien interessieren sowohl frauen- bzw. geschlechter- als auch allgemeinpolitisch und zwar hinsichtlich ihrer Programmatik, ihres Personals und ihrer politischen (Wahlkampf-)Symbolik und deren Zusammenhang zur bisher erlebten politischen Praxis. Von Bedeutung ist jedoch auch, wofür diese Parteien historisch-sozial stehen und welche Unterschiede es zwischen ihnen im (sofern noch vorhandenen, zumindest impliziten) weltanschaulichen Denken gibt. Von Interesse ist schließlich, welchen Einfluß Frauen auf die Parteienentwicklung nehmen können.

### ***3.1. Der Wahlkampf ist ausgesprochen provozierend: gehobene Nebensachen***

Der Wahlkampf, so wie wir ihn bislang erleben konnten, ist für Menschen, die in Sachen Emanzipation und Gleichberechtigung geschult sind, politisch ausgesprochen provozierend. Er schreibt, unter Führung des Sozialdemokraten Gerhard Schröder, zusammengefaßt Frauenpolitik als eine - nun gehobene - Nebensache fest. Sämtliche wichtige Parteien offerieren uns nur Patriarchen: Kohl und Schäuble, Schröder und Lafontaine, Fischer und Trittin, Gerhard und Westerwelle, Gysi und Bisky, Stoiber und Waigel sowieso. Statt einer geteilten Spitze gibt es Männer im Doppelpack, die untereinander obendrein um die Vorherrschaft, d.h. für das alte Prinzip vom Vorrecht des stärksten Mannes, kämpfen. Ihnen geht es allem Anschein nach vor allem um Macht an sich, jedenfalls wenig um politische Projekte, die offerierten Alternativen bewegen sich allenfalls im Spektrum der Frage, wer Geld am weißesten wäscht. Das kommt in erster Linie einer Werbung für die Wünsche der ökonomisch Stärksten nahe, nicht aber einer demokratischen Verhandlung des tatsächlich ausschlaggebenden Themas der Wirtschaftspolitik.

Die CDU bietet ausschließlich den alten Patriarchen und verweist im übrigen auf vergangene Verdienste - die deutsche Einheit, Europa, ihre - neoliberale - Wirtschaftspolitik und die Familie, das Auffangbecken für die Schwachen. Von Frauenpolitik ist schlicht gar nicht die Rede. Das ist der logische Endpunkt einer sechszehnjährigen Entwicklung, in der Frauenpolitik programmatisch, institutionell, personell und praktisch kontinuierlich, von Rita Süßmuth über Ursula Lehr, Angela Merkel zu Claudia Nolte abgestiegen ist, mit der Kohl schließlich wieder bei sich selbst angekommen war.

Die SPD wird von einem Neumacho, dem Produkt einer neuen außerinstitutionellen, modernen, "wirtschaftsmedialpolitischen" Männer-Seilschaft angeführt, dessen Projekt vor allem er selbst ist, als jüngere Schwester Kohls und beinahe quasi-religiöse

Heilsfigur. Taucht er im Problemfall, hier bei Arbeitgebern, dort bei Arbeitnehmern auf, so wird er es schon richten. Im autonomen Frauenhaus wurde er noch nicht gesehen. Auf Neue-Mitte-Plakaten wird gern die idyllische Familie beschworen. In der Praxis hebt sich der Kandidat dadurch hervor, daß er das Frauenministerium seiner Landesregierung kurz und bündig dem Sozialministerium unterordnete, es also ab- statt aufwertete, und vom entsprechenden Bundesministerium als dem Ministerium für "Gedöns" sprach. In seinem Regierungs-Team finden sich - anders als Parteibeschlüsse es vorsehen - ein Drittel Frauen, ersatzhalber ist jede einzelne gleich eine Dreifach-Quotenfrauen, die allerhand Fraktions-, Linke-, Rechte-, Regionale- und Ost-Bedürfnisse gleichzeitig befriedigen muß. Drei auf einen Schlag, Superangebote im Räumungsverkauf? Außerdem gibt es zu jeder Wahlrunde ein passendes Ehefrauen-Modell, aus dem die Öffentlichkeit den Wasserstand der gleichberechtigungspolitischen Ambitionen des Kandidaten entnehmen kann. Die Neue Mitte ist eine einzige feine Männersache, die die "Frauenfrage" nur als eine erzwungenermaßen zu bedienende, nicht eben erstrangige Lobbygruppe betrachtet und im übrigen, ganz weibliche Kunst - auf Inszenierung hält. Die einzige "Frauenpolitikerin", die sich im Team befindet, steht, in Kohl'scher Tradition, politisch für eine ideale Kombination: das Thema Arbeit, den Osten und schließlich auch noch die Frauen. Es ist die Schwachen-Kette, auch hier noch in der falschen Reihenfolge. In der Arbeitsmarktpolitik achtet die Kandidatin immerhin auf die Rechte von Frauen.

Bündnis90/Grüne fallen mit zwei aufgeklärten Herren in gezähmter Machoattitüde ins Auge, Männern, denen immerhin manchmal noch die Existenz einer "Frauenfrage" einfällt. Frauen - die in der 2. Reihe durchaus profiliert und sogar ziemlich zahlreich auftauchen - finden sich in den Fachgebieten Ökologie, Verkehr, Rente, Arbeit, Soziales, Bildung. Es sind eher unzeitgemäße Themen, jedenfalls "typisch" weibliche. Doch da ist sogar noch die Verteidigungspolitik. Leider wurde nirgends mehr deutlich kenntlich gemacht, was diese Themen mit ungleichen oder gleichen Geschlechterverhältnissen zu tun haben. Auch gibt es auch keine profilierte Politikerin mehr, geschweige denn endlich einen Politiker, die "Frauenpolitik" als allgemeine Politik exponieren. Im Gegenteil, leise distanzieren sich auch allzu viele Frauen von diesem Feld der Verlorenen, auf dem keine Karriere zu machen ist. Konzepte schließlich für eine Fortschreibung des bisherigen, historisch immer noch beachtlichen Niveaus an Frauenpolitik präsentieren sich höchstens am Rande. Für und von Frauen und Männern sind sie erst recht nicht.

Die FDP und PDS geben sich "modern", sie wissen, was sie dem Zeitgeist schulden.

Letztere schmückt sich auch gern mit den "Bewegungsresten", um sich als links auszuweisen. Doch von diesen Parteien kam kein einziger neuer Impuls. Die Feministische Partei schließlich resultiert wohl eher aus Verzweiflung denn aus einem tragfähigen politischem Konzept.

### **3.2. Das weibliche Personal ist (zu) mager**

Die CDU/CSU bleibt im Rahmen der Erwartungen: Die CSU hat bisher 6 weibliche von 50 Kandidaturen zum Bundestag, die auf Landesliste jedoch nicht abgesichert sind. Die CDU verhöhnt mit 20% Kandidatinnen ihr 1997 beschlossenes Quorum. Es geht die Angst um, nach der Wahl könnten es noch weniger als im jetzigen Bundestag (14,7%) sein. Die SPD hat ihre 40%Quote nicht erreicht, sie bevorzugte bei der Kandidatenaufstellung mehrfach junge Männer gegenüber jungen Frauen und hofft, den Stand der letzten Legislaturperiode wenigstens zu halten können. Die Grünen haben als einzige ihre 50%Quote eingehalten, wenn auch manche Feministinnen auf die hinteren Listenplätze weichen mußten. Die FDP hofft von 17% auf 21% zu kommen. Bei der Kandidatenaufstellung hat die PDS ihre 50%Quote nicht eingehalten (z.Zt. hat sie in der Bundestagsfraktion ca.40%), doch Frauen auf vordere Plätze gesetzt. Im Wahlkampf treten Frauen auf Bundesebene bis dato wenig als eigenständige Kräfte in Erscheinung. Sie operieren auf den gegebenen Plattformen, sie reden meist ohne jede, und sei es noch so subtile, Einschränkungen *für* ihre Männer. Wider besseres Wissen lobten besonders viele führende Sozialdemokratinnen ihren Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden und beteuerten, in Sachen Emanzipation sei nur Bestes von ihm zu erwarten. Wohin so viel Einordnung wohl nach dem Wahlergebnis führen mag? Schließlich und endlich bewerben sich insgesamt sogar etwas weniger Frauen als vor vier Jahren um einen Parlamentssitz, nämlich 27,8% gegenüber 29,5% (1994). Die jüngsten Kandidatinnen haben Grüne und PDS.

### **3.3. Die Programme: der Mann bleibt Tabu**

Wer die vorliegenden Wahl-Programme bilanzieren und bewerten möchte, muß gleich zu Anfang ein Merkmal hervorheben, das Auskunft gibt über das zu erwartende *Maß* an Gleichberechtigung: Der Mann bleibt Tabu! Das steht in auffälligem Gegensatz zu den Veränderungen, die für ihn im kommenden Jahrhundert ins Haus stehen, wenn Gleichberechtigung wirklich weiter werden soll. Die Gesamtpolitik der Parteien im Spiegel der Wahlprogramme zeigt keine neue Generalperspektive, die die Geschlechterfrage als roten Faden aller Politik integriert hätte. Demokratische Frauen-,

Männer- und Geschlechterpolitik bilden auch kein vorrangiges eigenständiges Thema, sondern Frauenpolitik wird für sich allein behandelt oder neu als Neben- und Sondersache festgeschrieben. Am ehesten, wenn auch nicht hinreichend kommen noch die Grünen den zeitgemäßen Anforderungen nahe. Die sogenannten Frauenfragen sind vor allem in Extra-Kapiteln gelandet; daneben werden sie bei CDU in den übrigen Programmteilen gar nicht, bei der SPD in wenigen Spurenelemente, bei den Grünen einigermaßen integriert behandelt. Inhaltlich erstreckt sich die Frauenpolitik in den Wahlprogrammen auf viel Familienpolitik, ein bißchen Erwerbsarbeitspolitik - beides ließe sich auch umgekehrt lesen als Verlängerung jeder Menge unbezahlter Arbeit für Frauen - auf seltene Erwähnung von Selbstbestimmung und im auffallenden Gegensatz zu sonst auf die ständige Rede von der Frau und den für sie zu bewältigenden Veränderungen, während vom Mann laut geschwiegen wird.

Die CDU sieht in ihrem Wahlprogramm die "Welt im Umbruch". Sie prognostiziert zwar, daß "Lebensstil und Rollenverständnis der Frauen (!) sich weiter verändern werden", sieht Frauen jedoch nicht einmal sprachlich als Subjekte vor. Sie hat kein frauenpolitisches Kapitel, sie stellt auch beim Thema Arbeit(slosigkeit) keinen Zusammenhang zu den Geschlechtern her, betrachtet lediglich die "fortschreitenden 620DM-Jobs" als eine "Fehlentwicklung". Zur "Weltklasse" aber will sie das Land machen, "Maßstäbe" setzen, "Wettbewerb" stärken und "Spitzenleistungen" herausfordern. Politik für Familien ist ihr ein eigenes Kapitel wert, Ehe und Familie unverzichtbare Institutionen und Bedingung von "Gemeinschaftserfahrung", man höre und staune, "heute *geprägt* von gleichberechtigten Interessen von Frauen und Männern". Deshalb bedürfe die häusliche Arbeit mit Kindern größerer Anerkennung ebenso wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern sei, nicht zuletzt durch ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung.

Die SPD verspricht in ihrem Wahlprogramm einen "Politikwechsel". Obwohl sie das Thema Arbeit - und ein Bündnis für Arbeit - zum Schwerpunkt erhebt, findet sich darunter keine einzige Aussage zum Zusammenhang von bezahlter und unbezahlter Arbeit von Frauen. Sie bietet als Vision eine "starke Wirtschaft", die mit Spitzentechnologien und -qualitäten erfolgreich wird, in der "Familien mit Kindern" gut aufgehoben sind und soziale Sicherheit herrscht. Sie setzt auf Leistungsträger und -trägerinnen und Gleichberechtigung als gelebter Wirklichkeit. Heißt dies übersetzt, daß Gleichberechtigung versprochen wird, wenn Kasse, Leistung und Kinder stimmen?

In zwei Sonderkapitel, den kürzesten von allen, werden zum einen ein hohes Lied auf die Familie gesungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ganztagsbetreuung und

ein besseres Erziehungsurlaubs-Modell in Aussicht gestellt. Das entspricht dem Angebot der CDU plus einem Zuwachsfaktor ungewisser Größe. Der Frauenpolitik zum anderen will die SPD immerhin neuen Schwung verleihen. Sie verspricht Gleichstellung und hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie freie Entscheidung über den Lebensentwurf. Sie enthält den Frauen jedoch ein Bekenntnis zu ihrem allgemeinen Selbstbestimmungsrecht vor. Die SPD kündigt ein Aktionsprogramm "Frau und Beruf" an. Doch von der gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit ist lediglich bzgl. der Teilzeitarbeit die Rede. Gleichberechtigung soll es in der Bildung geben, daneben eine eigenständige Alterssicherung, Schutz vor Gewalt, "Hilfe statt Strafe" beim §218. Im "100 Tage Programm" von Anfang September, gegen Ende des Wahlkampfes, hebt die Partei ein Gleichberechtigungsgesetz hervor, das auch für die private Wirtschaft gültig sein soll, sowie eine Mädchenquote bei der Ausbildung. Bei der Abschaffung des Ehegattensplittings und der ungesicherten Beschäftigung will sie sich freilich nicht festlegen, schon gar nicht für Arbeitszeitverkürzung oder Grundsicherung. Erst sehr spät ließ sich der Kandidat Schröder auf dem familienpolitischen (!) Forum in die Rede schreiben, *Frauen* gebühre die Wahlfreiheit, die Wirtschaft möge *ihnen* "helfen", sie durch flexible Organisation im Erwerbslesen zu beteiligen, zumal Frauen die *Wettbewerbsfähigkeit* steigerten. Nur wie die SPD Männer in die Hausarbeit befördern will, hat er nicht verraten.

Die Grünen haben ein Kurzprogramm, das allgemein ein Bündnis für Arbeit ins Zentrum stellt, für das ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ausgewiesen ist, verbunden mit dem Vorhaben, beides zu teilen. Anders als beim Thema Demokratie und Bildung ist beim Thema "soziale Gerechtigkeit" die Frauenfrage nicht integriert. Das Kurzprogramm hat ein eigenes Frauen-Kapitel. Dort wird das Selbstbestimmungsrecht unterstrichen, Beschäftigungsförderung für Frauen versprochen, Quotierungen, Förderungsmaßnahmen und Sanktionen sollen verbindlicher gemacht und ein effektives Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet werden. Arbeit in Familie und Beruf soll geteilt, der §218 ersatzlos gestrichen und Beratung freiwillig werden. Die Langfassung des grünen Programms beginnt mit einer Präambel, die vier grüne politische Generalformeln, allerdings miteinander unverbunden, festhält: Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann, inkl. (!) eines extra Bezuges zur Arbeit. Ein umfangreiches Frauen-Kapitel befaßt sich ausführlich mit Arbeit und Einkommen, einem frauenpolitischen Umbau des Sozialstaats, Frauenforschung und -bildung, der Aufwertung von Gesundheitsvorsorge

und Pflegeberufen, selbstbestimmter Schwangerschaft, Mädchen und jungen Frauen, der Ächtung von Gewalt gegen Frauen, Frauen- und Mädchenhandel, der Einmischung von Lesben, der Beendigung der Diskriminierung von Prostituierten und Frauenrechten als Menschenrechten. Es ist schon ein vergleichsweise umfassendes Stückwerk.

Wird zu all dem der historisch-soziale Hintergrund der Parteien hinzugenommen, so muß die CDU als die Partei mit der größten patriarchal-herrschaftlichen Dominanz gelten, von der einstweilen eher eine weitere Verschlechterung der Lebenslage für die meisten Frauen - und Männer - zu befürchten ist. Die SPD ist nicht minder patriarchal, aber historisch gesehen sozialer und somit auch paternalistisch-fürsorglicher. Ihr Kanzlerkandidat ist eine unsichere Größe, aber von ihr sind einige Entlastungen für Familien und mehr gesicherte Teilzeitplätze auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Bündnis90/Die Grünen sind noch immer die feministisch stärkste Partei, aber dieser Vorsprung speist sich aus den Zeiten der *neuen* Frauenbewegung, die mittlerweile Vergangenheit ist. Dennoch sind sie die modernste bürgerrechtliche Partei, gleichwohl geschlechterpolitisch im Moment eher als passiver Faktor.

Die Parteienverhältnisse selbst befinden sich im Wandel. Die Bundestagswahl wird folglich auch darauf Auswirkungen haben, inwieweit parlamentarische Wahlen und demokratische Verfahren überhaupt geschätzt und angenommen werden; welchen Einfluß - untereinander weniger als bislang unterscheidbare - "Volksparteien" erhalten; ob die Grünen als Experiment einer historisch neuen Partei verkümmern oder sich fortentwickeln, wieweit kleine Parteien als eigene Kraft bestehen bleiben, ob eine rechtsradikale neu heranwächst u.a.m. Abschließend ließe sich auch sagen: Ähnliches ist nicht gleich. Frauen können einen Politikwechsel möglich machen.

#### **4. Was machen Frauen aus der Wahl ?**

Oft ist die Frage zu hören, ob Frauen (oder gleichberechtigungswillige Männer) noch etwas bewegen können?

Sie können *wählen!* Eine sehr hohe Wahlbeteiligung von Frauen als solche kann viel bewirken, besonders angesichts des Anstiegs von Nicht-Wählern in der Vergangenheit. Die Erst- und Zweistimme kann bezogen auf KandidatInnen und Parteien abgewogen vergeben werden. Es ließe sich auch mit der Erststimme auf jeden Fall eine Frau wählen, falls eine angeboten ist, sofern ihre Positionen nicht kontraproduktiv zur eigenen politischen Grundentscheidung wären. Oder Frauen könnten mindestens dort gewählt werden, wo sie sich für Gleichberechtigung eingesetzt haben. Im übrigen wäre strategisch gesehen die Wahl für die zu treffen, die eine wirkliche Wende der Wende

wenigstens denkbar und beeinflussbar werden lassen.

Daneben können Frauen, mehr als sie ahnen, wo immer sie dabei sind - für ihr Dabeibleiben, Bedingungen stellen und selbst neue Fakten schaffen. Sie können die Anerkennung Geschlechter-Konflikts und einen neuen Gesellschaftsvertrag verlangen, einen neuen Arbeitsvertrag und eine andere Wirtschaftspolitik vor allem, einen demokratischen Sozialstaat und innere Zivilität, radikal gleiche politische Partizipation und eines Systemreform der Politik und ihrer Institutionen selbst. Wer hinderte sie, Minimalforderungen für eine Regierungszusammensetzung, ein Regierungsprogramm und eine neu konstruierte Gleichstellungspolitik zu formulieren?

Frauen können sich als mündige Bürgerinnen, Konsumentinnen und Produzentinnen von Politik begreifen und entsprechend verhalten, sei es für die eigene Person und in der Mandatserteilung an andere. Statt Bittstellerinnen zu sein, können sie Themen setzen und Anforderungen stellen. Statt sich befragen, ihre Ideen und Arbeitsergebnisse klauen zu lassen, könnten sie sagen, was sie haben wollen und die Parteien auffordern, dazu Stellung zu nehmen. Sie können zumindest die Angebote prüfen; wer nichts anbietet, käme gar erst nicht infrage. Es liegt ausschließlich an den Frauen, jetzt die Zeitphase abzuschließen, in der Frauen hinter den Männern herlaufen, und die Kraft auf die eigenen Vorhaben zu konzentrieren, daneben abzuwarten, bis die Männer den Frauen herlaufen (müssen). Frauen können selber kandidieren oder die Politik der Parteien als Mitglied, Sympathisantin, Besucherin, Forscherin oder Interessierte beeinflussen. Sie können sich einmischen, wo das Allgemeine, das Ganze und seine Einzelteile verhandelt wird. Sie können eigene Initiativen, Veranstaltungen etc. ergreifen - mit Frauen, mit Männer, mit beiden. Sie können entscheiden, welche Männer und welche "Männerpolitik" sie für gut halten und dies entsprechend zum Ausdruck bringen. Sie können - und an ihnen wird es liegen - eine neue, andere Gesellschaftspolitik auf Tagesordnung zu setzen.

### **5. Haben Männer eine Wahl ?**

Es würde lohnen, der Frage, ob Männer eine Wahl haben, einen eigenen Vortrag zu widmen. Die Frage wird hier nur kurz und bündig beantwortet, in Gestalt von Thesen zum Thema: Frauen sind in der Gesellschaft von heute die Seismographen für allgemeine Veränderungen. Männer sind heute mehr auf Frauen angewiesen als Frauen auf Männer. Männer stehen heute vor dem Zwang zum Selbständigwerden - so oder so. Männer sollen selbst entscheiden, wohin sie wollen. Ob sie das Motto bevorzugen, "jede/r gegen jede/r" oder "jede/r mit einem/r anderen". Männer sind weniger als die

---

Hälfte, sie sind es künftig mit Frauen als Gleiche oder zum eigenen Schaden gegenüber Frauen (und Männern) als Ungleiche.

## **6. Welche Wahl hätten Frauen gerne?**

Es begäße, wie immer, mit neuem Denken und dem Willen sich selbst, Bürgerinnen wie Parteien, als Instanzen der Politik wieder instanzzusetzen. Der tiefe soziale Wandel in der Gesellschaft wäre oben aufzugreifen, um die Rahmenbedingungen für die sozialen Basisbeziehungen neu zu ordnen. Die Frauenpolitik ginge dabei in eine andere Ära. Die Konzepte der letzten 10-15 Jahre sind mehr als ausgereizt. Nach der Förderung, der Anpassung und Integration der Frauen in die einst gegebenen, mittlerweile auch für Männer dahingehenden Strukturen wäre die Frauenfrage als neue allgemeine gesellschaftspolitische Entscheidungen durchzudeklinieren. Vom untersten Zipfel her wäre die Sache noch einmal aufzurollen: die sogenannten Frauenprobleme wären aus der Familienpolitik zu befreien und als Frage nach der Arbeitsgestaltung, als Männer- wie Gesellschaftsprobleme kenntlich zu machen. Ein neuer Gesellschaftsvertrag, beginnend mit einem demokratischen Geschlechtervertrag, wäre auszuhandeln. Mit ihm wären die *soziale Natur* des Menschen in politische Gestaltung zu reintegrieren, ein sozial wie ökologisch nachhaltiger Produktivitätsbegriff zu realisieren und den Investitionen in die Ressource Mensch oberste Priorität einzuräumen. Die Beziehungen zwischen Privathaushalten, Wirtschaft und Staat wären ebenso zu demokratisieren wie die Arbeitspolitik und der Sozialstaat aufs Ganze neu zu konstruieren. Die Frauenfrage würde bei der Ökonomie des Privaten, der Ökonomie der Innen- wie Außen- und der Ökonomie der Wirtschaftspolitik ankommen.

Bei einem Anfang von einem neuen Anfang ginge es nicht um - gar noch verlängerte - Kataloge von Antidiskriminierung und Schutz, sondern um neue Schwerpunkte und Kombinationen von Maßnahmen, die die alten patriarchal-hierarchischen Strukturen zu Ende aushebeln. Mit ihnen wären jeder und jedem eigenständige Existenzsicherung und eine demokratische BürgerInnen- und Sozialgesellschaft zu ermöglichen. Eben darin würden sie Gewalt und Herrschaftsmacht begrenzen, aber ebenso zur vollen Selbstverantwortung herausfordern. Sie würden Disparitäten ausgleichen. Jede Person erhalte, individuell gestaltet, mehrere - erwerbsmäßige, versorgerische, freigewählte - Arbeiten. Sie hätte "nur" ein für sich ausreichendes Einkommen, aber mehr Zeit, weniger quantitativen, jedoch mehr qualitativen Konsum. Ihr Kümmern um ihr - im einzelnen verschiedenartiges - soziales Netz würde gefördert und sie gewänne wieder mehr Verfügungsgewalt über das eigene Leben.

Ein alternatives Regierungsprogramm könnte sich folgendes vornehmen:

1. Um die weitere Verarmung und die soziale Rutschbahn ins Nichts von unten her zu stoppen, einen Freiraum für neue Wege zu schaffen und dabei gleichzeitig ein gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis zu begründen, sähe es mindestens vier erste Maßnahmen vor: die Abschaffung der ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse, die Einführung einer allgemeinen Grundsicherung, eine allgemeine Erwerbsarbeitszeitverkürzung sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings.
2. Das neue Kabinett wäre je zur Hälfte mit Frauen und Männer besetzt und symbolisierte so den Willen, die Macht zu teilen und Denken und Handeln *weiter* zu öffnen.
3. Ein männerpolitisches Programm begänne mit einer Kampagne für ein neues, so selbständiges wie soziales Männerbild, mit positiv diskriminierender Arbeitsförderung für Männer in der Haus-, Ehrenamt-, Teilzeit- und Selbstversorgungsarbeit sowie mit Bildungsprogrammen, die die - mit anderen geteilte - Macht über das eigene Leben lehren.
4. Jedes Politikfeld würde national und europäisch geschlechterdemokratisch durchbuchstabiert, insbesondere alle Finanz-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik, Sicherheits- und Außenpolitik.
5. Nicht Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Politik der Umgestaltung des Trios von (gesellschaftlicher Gesamt-)Arbeit, Zeit und Geld wäre das zentrale Reformvorhaben. Sein Ziel wäre eine neue gerechte minimale Norm, die die Gesellschaft zur Existenzsicherung der Einzelnen und gleichmäßigeren Entwicklung des Ganzen stützt, während sie alle möglichen Abweichungen erlaubt, aber - wie anderswo auch - ihren Preis kosten läßt.
6. Als Instrumentarien zur Verwirklichung dessen schüfe die Regierung neue institutionelle Voraussetzungen für Gleichstellungspolitik, der Kanzler und jedes Ministerium hätte als eine Folie zur umfassenden Umsteuerung an seiner Spitze ein (kleines, aber machtvolles) Amt für demokratische Geschlechterpolitik. Gleichstellungspolitik dockerte nicht länger nur bei Frauen herum, sondern veränderte

auch auf Seiten Männern.

Die Frau, der Mann - um es nochmals zu betonen - dies ist kein Spartenproblem, sondern ein Gesellschaftsproblem. Auf der Höhe der Zeit wäre eine Politik, die ein neues Maß für Gleichheit und Freiheit in Einkommen, Arbeit, Politik, Gesellschaft und Leben aller BürgerInnen definiert und für alle Kernfragen, vor denen Politik und Gesellschaft stehen, Innovation und neue Produktivität aus einer Demokratisierung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern, d.h. der Aufhebung der geschlechtlichen und sozialen Spaltung des Menschen, bezieht. (Vorrangig wäre, Existenzsicherungsstrukturen neu zugestalten: halbe-halbe in der bezahlten und unbezahlten, Erwerbs- und Fürsorge-Arbeit, bei der Zeit und beim Geld; ein Sozialstaat, der für Kinder, Erwachsene wie Alte eigenständige und lebenslagengemäße Sicherung, u.a. für Nicht-Erwerbsfähige eine Grundsicherung schafft; Familie wäre als "ganzes (Lebens-)Haus" neu zugestalten und verschiedene Lebensformen gleichzustellen.)

## **7. Die Wahl ist erst der Anfang**

Ist politisches Engagement noch sinnvoll und wenn ja welches? Diese Frage stelle ich mir selbst oft und nicht minder oft höre ich andere sie stellen.

Meine These ist, daß eine neue politische Auseinandersetzung erst nach der Wahl richtig losgehen wird und daß es wünschenswert ist, sich darauf vorzubereiten. Emanzipatorische, demokratische Politik wird dringend der Einflußnahme, Kritik, auch der Lobbyarbeit - schon bereits bei der Regierungsbildung und der Erarbeitung des Regierungsprogramm - derer bedürfen, deren Interessen sie dienen soll. Eine Stelle der Dokumentation, Begleitung und Kommentierung der politischen Entwicklung nach Wahl - gemessen nicht zuletzt an den Wahlversprechen und dem Regierungsprogramm - wäre eigentlich unverzichtbar, wenn die Politik über die Spärlichkeiten des Wahlkampfes hinaus für einen wirklichen Neuanfang geöffnet und die Bevölkerung für sie gewonnen werden soll. Auch eine gezielte politische "Begleitung" für Frauen in der Politik (auf allen Ebenen) wäre nötig, damit es ein Erfolg wird. Darüber hinaus wäre u.U. über eine Wahlrechtsreform und gewiß eine Parlamentsreform nachzudenken, damit dort "Gleichheit" und allgemeine Erneuerung etwas werden kann. Es stellt sich die Frage, wie weit künftig politischer Lobbyismus ausreicht und/oder wieviel Mündigkeit Bürger und Bürgerinnen brauchen, welche Institutionenreform nötig ist, um mehr Demokratisierung zu erreichen, ob eine weitere GG-Änderung oder welche neuen Rechtslage erforderlich sind, um Geschlechterdemokratie zu verwirklichen. Jenseits dessen steht eine grundsätzliche Debatte um gesellschaftliche Alternativen ins Haus und

darüber, wie sich Politik neu stiften läßt und wie zivile Interessensverhandlung und Beziehungen auf Wechselseitigkeit realisiert werden können.

Damit steht auch die Frauenbewegung selbst vor einer Grunderneuerung. Die Frauenpolitik als Sonderpolitik ist definitiv an ihr Ende gekommen. Das gleiche gilt damit automatisch für die weibliche Opferrolle und für bloße "Weiblichkeit" als Gegenmittel, für die weibliche Zuständigkeit für Elendsfragen und die quasi-ärztliche oder pädagogische Art, Männer zu behandeln. Frauenpolitik kann nur noch als neue Gesellschaftspolitik fortgeschrieben werden. Freiheit und Gerechtigkeit verlangt politische Subjekte. Dabei könnten sich Generationen, Ost-West, Einheimische-Migrantinnen, soziale Schichten etc. wieder über die Definition gemeinsamer Grundrechte und Ziele verknüpfen - neben der Definition und Akzeptanz legitimer Unterschiede. Frauen hätten nicht länger "alles mögliche" zu machen und alles möglich zu machen, sondern sich für das Wichtigste zu entscheiden, sich auf ihre Hauptaufgaben zu konzentrieren und sich Nebensächlichkeiten bzw. der Arbeit für andere bewußt zu verweigern. Sie könnten dafür differenzierte Strategien vom *aktiven Dasein* und *aktiven Wegbleiben* erarbeiten. Auf dieser Basis könnten sie Politik für Männer entwerfen, die Reihen der Männer soweit wie möglich differenzieren und Bündnisse mit jenen schließen, die sich den neuen demokratischen Zielen verpflichtet fühlen. Mehr überparteiliche demokratische Bündnisse zwischen Frauen (und Männern) wären von Fall zu Fall zu schließen, etwa für die Durchsetzung einer Bundespräsidentin oder einer Bundeskanzlerin, die kommen muß, oder für Volksbefragungen entlang konkreter Sachfragen. Selbstverständlich ist neue gesellschaftliche Bewegung unerlässlich - das heißt zuallererst uneingeschränkte Selbstverantwortung der Frauen und ihre erneute Selbstermächtigung. Jetzt können Frauen richtig anfangen, ganze Politik zu machen, Politik fürs Ganze und aufs Ganze.

---

*Zahlenangaben zu Wahlen:* FR 28.8.98, Informationen der Bundesregierung... Datum?, IFPA Juni 1998, FR 18.5.98, SZ 18.5.98, KStA 19.8.98

*Wahlprogramme der Parteien:* Zukunftsprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 1998-2002 Wahlplattform der CDU/CSU; Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit, Wir sind bereit, SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, zwd Frauen + Politik Nr. 134 + 139; Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 98. Bündnis90/Die Grünen, Neue Mehrheiten nur mit uns. Vierjahresprogramm zur Bundestagswahl 98. Bündnis 90/Die Grünen.

*Vergl. im übrigen:* M.J., Das Claudia Nolte Phänomen, Bonn 1997